

Briefe

Viele brauchen ihren Schlaf zur Erholung

«Es gibt immer wieder neue Hindernisse»; BaZ 28. 7. 15 / Leserbrief: Die Grenzen des anderen respektieren; BaZ 29. 7. 15

Kaum hatte ich mit Wonne den Leserbrief von Dorothee Ott zum Interview mit Floss-Veranstalter Tino Krattiger goudiert, stosse ich auf die Lancierung der Petition «Für ein lebendiges Basel». «Lärmempfindlichkeit weniger ...» les ich da und könnte gerade sehr empfindlich werden, launenmässig.

Ewig diese Forderungen und diese Unterstellung, man sei ein spassverhindernder Bünzli, nur weil man Schlaf braucht. Arbeiten all diese Leute nichts, müssen sie morgens nicht ausgeschlafen irgendwo erscheinen? Ja, ich feiere auch gerne, ja, ich höre auch mal gerne laute Musik. Dann und wann. Ich war an der Floss-Eröffnung, trotz Regen, ich freue mich über solche Kulturinitiativen. Aber ich will und muss mich nachts mittels Schlaf erholen und bin sicher, dass es dem Grossteil der Bevölkerung genauso geht. Und ich bin froh, dass nicht jedes schöne Fleckchen in Basel der Party-Urbanisierung zum Opfer fällt wie zum Beispiel der Obere Rheinweg. Denn es ist einfach so, dass sehr viele Leute mit der geforderten «Freiheit» nicht umgehen können, siehe Abfall, siehe Unfähigkeit, so zu grillieren, dass man nicht in ätzenden Rauchschwaden sitzt. Die, die immer wieder lautstark mehr Toleranz fordern, verkörpern aus meiner Sicht ganz schön viel Intoleranz gegenüber Menschen, die weniger robust sind als sie selbst.

Andrea Pauli, Basel

An der wahren Faktenlage vorbei

Faktenfreie Kritik von Links-Grün; BaZ 27. 7. 15

Mit Erstaunen habe ich den Gastkommentar von Christine Frey gelesen. Sie behauptet, dass von links-grüner Seite vorsorglich über das Sparpaket der Baselbieter Regierung gejammert und damit der Wahlkampf eingeläutet werde. Laut ihrer Aussage seien die Sparmassnahmen moderat. Der Sparbeitrag des Personals von einem Lohnprozent durchaus vertretbar.

Sie blendet aus, dass das Personal seit Jahren keinen Teuerungsausgleich mehr erhalten hat. Ebenso vergisst sie, dass die Pflichtlektionenanzahl in der Sekundar erhöht bleiben soll und somit mehr Leistung für faktisch weniger Lohn gefordert wird. Somit entspricht die einprozentige Lohneinbusse einer weiteren Reallohnkürzung bei gleichen Erwartungen an die Angestellten. Und Frey meint, dies ändere nichts an der Qualität? Des Weiteren müsste sie als ehemalige Bildungsgemeinderätin die von ihr so oft erwähnte Faktenlage bestens kennen. Klassen mit 30 Kindern in der heutigen Schullandschaft? Ein wahrer Affront gegenüber den Menschen im Bildungssektor. Es ist hier durchaus die Frage, wer hier eine Wahlplattform sucht und wer sich ernsthaft Sorgen um die Bildungsqualität in BL macht ...

Miriam Locher, Münchenstein

Die Regierung ist wirklich gefordert

Die Präsidentin der FDP wirft dem links-grünen Lager «faktenfreie Kritik» am Sparpaket der Regierung vor. Sie bezeichnet das 190-Millionen-Sparpaket als moderat und umsetzbar. Als Erstes nennt sie den Abbau von 400 Vollzeitstellen bei den Kantonsangestellten.

Dieser Stellenabbau um zehn Prozent könne durch natürliche Fluktuationen erreicht werden. Dass dies nicht so einfach sein wird, hat bereits die Regierung bei der Zusammenstellung des Sparpaketes gemerkt. Richtigerweise sagt die Regierung nämlich, dass «die Reduktion des Personalaufwandes grundsätzlich in Verbindung mit einem konkreten Leistungsabbau zu erfolgen habe». Die Regierung hat zwar eine lange Liste von über 130 Sparmassnahmen definiert. Dennoch findet sie damit nur einen Leistungsabbau für 90 Stellen. Wo Leistungen für weitere über 300 Stellen (oder 45 Millionen Franken

Heute vor 58 Jahren



30. 7. 1957: Pionierin der Kinderanalyse. Die österreichisch-britische Psychoanalytikerin Anna Freud (1895–1982) besucht in Begleitung eines Kollegen die Eröffnung des 20. Kongresses der Psychoanalytiker in Paris. Anna ist die jüngste Tochter des Psychologen Sigmund Freud. Die ehemalige Volksschullehrerin betreut 16 Jahre lang ihren schwer kranken Vater. Sie stand ihm sehr nahe und er weckte ihr Interesse für die Psychoanalyse. Sie fing auch als Psychoanalytikerin an zu arbeiten. Nach der Annexion Österreichs durch Deutschland flohen die Freuds nach London, wo Anna Freud zusammen mit ihrer Freundin Dorothy Burlingham (1891–1979) die Hampstead War Nursery gründete, ein Pflegeheim für Kriegskinder und Kriegswaisen. Aus dem Heim wurde später eine Klinik, die zu einem der angesehensten Lehrinstitute der Kinderanalyse werden sollte. Foto Key

jährlich) eingespart werden sollen, weiss die Regierung auch nicht. Hier ist die Regierung dringendst gefordert, entsprechende Fakten zu präsentieren und den konkreten Leistungsabbau der politischen Diskussion zu stellen. Dass die Regierung fast gleichzeitig mit dem Sparpaket eine neue Kommunikationsstelle für die FDP-Bildungsministerin beschlossen hat, ist unverständlich und im völligen Widerspruch zu den Personal-Sparabsichten der Regierung.

Urs Kaufmann, Frenkendorf

Wieder geplant ohne gute Ortskenntnisse

Verkehrspolitik wie einst Turmbau zu Babel; BaZ 22. 7. 15

Sie geistert ja immer noch herum, die unglaubliche Drohung von Astra-Chef Jürg Röthlisberger. Wenn die Region nicht spure, dann müsse notsaniert werden. Aus Sicherheitsgründen!

Jürg Röthlisberger, eine Verzweigung wie die Hagnau, die auf zweihundert Metern mehrere sicherheitsrelevante Fehlplanungen aufweist, aus «Sicherheitsgründen» notsaniert zu wollen, ist absolut unsinnig. Im Gebiet Gellert/Hagnau bestehen drei Autobahneinfahrten von links, eine davon ist sogar vortrittsberechtigt! Auf einer Strecke von 70 Metern kommen vor dem Schänzlitunnel drei Spuren zusammen; unmittelbar nach der letzten führt eine Ausfahrt nach links(!) durch einen Tunnel. Sowohl die Aus- als auch die ein-fahrt Mutter Nord sind grösste Gefahrenquellen. Und deren Beseitigung ist in den Astra-Plänen nicht einmal vorgese-

hen. Das ist das Resultat, wenn ohne Kenntnis der Örtlichkeiten am weit entfernten Schreibtisch geplant wird.

Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat

In Binningen ist es viel schlimmer

Jets schocken Bevölkerung; BaZ 27. 7. 15 / Dröhnende Jets entzweien die Basler; BaZ 28. 7. 15

Ich habe den Überflug weder gesehen noch gehört, da ich am Mittwoch am Tattoo war. Mit den armen Leuten, die sich zu Tode erschreckt haben, könnte ich einmal für eine Woche die Wohnung wechseln. In Binningen und Allschwil landen und starten an sehr vielen Tagen die Maschinen im Drei- bis Vier-Minuten-Takt, Flughöhe meist auf dem Minimum und nicht sehr leise, oft auch um Mitternacht. Die Ost/West-Piste scheinen die Piloten nicht zu lieben, da sie kein Instrumentenlandesystem (ILS) nutzen können und sie kürzer sind, über den Einfluss der Windverhältnisse betreffend Flugweg schweigt des Sängers Höflichkeit, ebenso über die Einflussnahme der Behörden über eine Nachtflugbeschränkung. Ich wohne leider genau unter dem ISL-Leitstrahl.

Klaus Müller, Binningen

Lasst die Stadt doch einfach mal leben

So langsam, aber sicher frage ich mich, was die Basler Bevölkerung geworden ist: schreckhaft wegen der Jets der Patrouille Suisse. Es wurde in der Presse

breitgeschlagen und jeder in der Stadt wusste über diese Abschlussvorstellung. Hört doch mal auf, jeden Kommentar aus der Bevölkerung auf die Goldwaage zu legen. Was wollen wir denn in dieser Stadt?

Diese Stadt geht für mich langsam zugrunde, nichts darf mehr unternommen werden, um einen tollen Anlass auf die Beine zu stellen. Steine werden einem schon vom Kanton in den Weg gelegt, müssen jetzt einzelne Mitbürger auch noch ihren Senf dazugeben? Lasst doch die kreativen Leute diese Stadt beleben und hängt euch nicht immer gleich ans Telefon und belastet unsere Sicherheitsbehörden. Fallen solche Telefone aus, dann können sich die Polizistinnen und Polizisten um Besseres kümmern. Tragt Sorge zur Stadt Basel und lasst sie leben ...

Roland Thüring, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.
<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel

Einspruch

Staaten sollen selbst zahlen

Von Werner Bracher

Seit Jahren nimmt der Anteil der ausländischen Studenten an der Uni Basel zu. Die Gründe sind verschieden. Erstens erhöhen die deutschen Unis ihren Numerus clausus für verschiedene teure Fachbereiche (naturwissenschaftliche und medizinische Ausrichtungen) oder andere Länder müssen wegen ihrer Schuldensparprogramme ihr Bildungsangebot drastisch kürzen.

Die Zahl der ausländischen Studenten in der Schweiz stieg ab 1990 bis heute von 11 200 auf über 42 400 (Zunahme: 380 Prozent). Umgekehrt studieren etwa sechs bis acht Prozent der Schweizer Studenten (Herbstsemester 2014: 143 961 Hochschüler) im Ausland, was etwa 11 500 Schweizer Studenten im Ausland ausmacht. Das Verhältnis der Schweizer Studierenden im Ausland zu den ausländischen Hochschülern in der Schweiz macht etwa 1:3,5 aus. Das heisst also, dass wir 78 Prozent der ausländischen Studierenden hier zur Semestergebühren von jährlich nur 1700 Franken studieren lassen. Im Herbstsemester 2014 studierten in Basel 3551 Ausländer, das sind also 2770 ausländische Hochschüler mehr, als wir Schweizer Hochschüler im Verhältnis zum Ausland studiengünstig aufnehmen. Nun kommt das Abartige. Jeder Schweizer Hochschüler, der nicht in den beiden Basel wohnhaft ist, wird bei den Geistes- und Sozialwissenschaften mit 10 600 Franken und in den naturwissenschaftlichen/medizinischen Ausbildungen mit 25 700 Franken abgegolten.

Würde man die Herkunftsstaaten mit den Beiträgen laut Paragraf 12 der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUUV) vom 20. Februar 1997 anwenden und nach Paragraf 8 der Bundesverfassung, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, so müssten für die Universität Basel folgende Abgeltungsbeiträge von fremden Staaten gezahlt werden: 78 Prozent von ausländischen Hochschülern in Basel (1965) im Fachbereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, das heisst 1533 Studierende mit einem Abgeltungsbeitrag von 10 600 Franken ergeben 16,2 Millionen Franken und 78 Prozent der ausländischen Studenten (1586) in Naturwissenschaften, das heisst 1237-mal den Abgeltungssatz von 25 700 Franken, dies sind 31,8 Millionen, also insgesamt könnte die Finanzierung der beiden Basler Kantone um 48 Millionen Franken entlastet werden. Dabei wäre immer noch die Forderung der bilateralen Verträge, gegenseitig die Hochschüler zu finanzieren, eingehalten. Will der ausländische Staat nicht zahlen, so muss der Bund als Träger der Hochschulen diese Fehlbeträge übernehmen.

Weniger Studenten heisst auch weniger Hochschulpersonal und so könnte das Personal gekürzt werden.

Aber nein, lieber lässt man die alten Betagten, die Volksschüler mit grösseren Klassen und die Sicherheit der Bevölkerung mit Einsparungen bei der Polizei leiden, als dem Ausland die Kosten ihrer jungen Hochschüler zu belasten. Auch die immer wieder zu hörende Gegenargumentation, wir würden dem Ausland die Fachkräfte wegnehmen, stimmt so nicht, denn sonst wäre in diesen Ländern einfach die Erwerbslosenquote höher. Die Ausländer kommen wegen der hohen Löhne und nicht, weil die Schweiz sie in unser schönes Land beruft.

Weniger Studenten heisst auch weniger Hochschulpersonal, und so könnte das gesamte Personal gekürzt werden, das ja wiederum gegen 45 Prozent aus ausländischen Mitarbeitern besteht. Also finanziert der Kanton Baselland die Uni nicht auf Pump, sondern ein Teil der Uni-Kosten werden falsch verteilt.

Werner Bracher, Riehen, ist pensionierter Wirtschaftslehrer.